

**Antrag 149/I/2024****ASG Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Parteivorstand möge beschließen:****Keine vertraulich verhandelten Preise für Arzneimittel**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten des  
2 Deutschen Bundestages auf, den Gesetzgebungsplänen  
3 im Medizinforschungsgesetz für im AMNOG Verfahren  
4 vertraulich verhandelte Preise, auf die nicht internatio-  
5 nal referenziert werden soll, nicht zuzustimmen. Die Prei-  
6 se für neue Arzneimittel, die zwischen pharmazeutischen  
7 Unternehmen und den Krankenkassen verhandelt wer-  
8 den, sollen in der Regel weiterhin transparent bleiben. Ein  
9 Verfahren, das aus unserer Sicht das Risiko birgt, einseitig  
10 den pharmazeutischen Unternehmen zu dienen und da-  
11 mit möglicherweise zu potenziell höheren Arzneimittel-  
12 preisen und zu steigenden Krankenkassenbeiträgen führt,  
13 lehnen wir ab.

14

**15 Begründung**

16 Seit 2012 findet die Preisfindung für neu auf den Markt  
17 kommende Arzneimittel auf Basis des Arzneimittelmarkt-  
18 neuordnungsgesetzes (kurz AMNOG) statt. Danach müs-  
19 sen die pharmazeutischen Unternehmen Studien zu ih-  
20 rem neuen Medikament im Vergleich zu bereits verfügba-  
21 ren Medikamenten beim IQWiG einreichen, welches das  
22 Arzneimittel bewertet und bescheinigt, ob es einen sog.  
23 Zusatznutzen hat. Vereinfacht gesagt, ob es für die Pati-  
24 entinnen und Patienten einen Vorteil gegenüber den bis-  
25 herigen auf dem Markt befindlichen Arzneimitteln bringt  
26 und damit eine echte Innovation ist. Die Preisverhandlun-  
27 gen für solche Arzneimittel finden nach sechs Monaten  
28 zwischen dem Unternehmen und dem Dachverband der  
29 Krankenkassen, dem GKV-Spitzenverband statt. Der aus-  
30 gehandelte Preis ist transparent für Ärzt\*innen, Apothe-  
31 ken, andere Leistungserbringende und auch der Öffent-  
32 lichkeit einsehbar. Dies ist auch unbedingt notwendig, um  
33 das Wirtschaftlichkeitsgebot im Sozialgesetzbuch V ein-  
34 halten zu können.

35

36 Deutschland ist europaweit das einzige Land, das trans-  
37 parente Arzneimittelpreise hat und ist damit ein Refe-  
38 renzland. Gleichzeitig hat sich dieses Verfahren bewährt.  
39 Deutschland war bis Anfang letztes Jahres gegenüber al-  
40 len europäischen Nachbarländern führend bei der Ge-  
41 schwindigkeit der Zulassung neuer Arzneimittel, der An-  
42 zahl der Arzneimittel, die auf den Markt gebracht werden  
43 und der Verfügbarkeit neuer Arzneimittel.

44

45 Seit langem drängen einige Pharmaunternehmen darauf,  
46 das AMNOG dahingehend zu ändern, dass die ausgehan-  
47 delten Preise vertraulich, also nicht referenzierbar aus-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

48 gestaltet werden sollen (sog. Vertraulichkeit des Erstat-  
49 tungsbetrages), also dass im Wesentlichen nur noch Kran-  
50 kenkassen und Pharmaunternehmen sowie wenige aus-  
51 gewählte Institutionen den Preis kennen. Einen entspre-  
52 chenden Vorstoß unter dem damaligen Gesundheitsmi-  
53 nister Gröhe hat die SPD in der Großen Koalition 2016/17  
54 erfolgreich abgewehrt. Leider hat nun das Bundesgesund-  
55 heitsministerium im Medizinforschungsgesetz selber ei-  
56 nen Entwurf zur Vertraulichkeit eingebracht. Dieser wird  
57 von der Mehrheit der Krankenkassen, aber auch einigen  
58 Leistungserbringenden kritisch bewertet. Nicht nur wür-  
59 de er zu mehr Bürokratie führen, sondern die Gefahr be-  
60 steht, dass Unternehmen das Verfahren nutzen, um zu-  
61 künftig höhere Preise durchzusetzen zu können. Der GKV-  
62 Spitzenverband rechnet im worst case mit einem Anstieg  
63 der Arzneimittelausgaben um bis zu 34 Milliarden Euro  
64 (Die Arzneimittelausgaben lagen im Jahr 2022 bei 48,84  
65 Milliarden Euro). Dies würde eine deutliche Anhebung der  
66 Krankenkassenbeiträge nach sich ziehen und damit eine  
67 weitere Belastung aller gesetzlich Krankenversicherten.  
68 Dies ist auch vor dem Hintergrund der sowieso äußerst  
69 angespannten finanziellen Lage der GKV inakzeptabel.